

II-649 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 378 13

1987-05-14

A N F R A G E

der Abgeordneten Buchner, Blau-Meissner und Kollegen
an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten
betreffend Zinsentilgung bei gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaf-
ten

Ist Ihnen als für das Bau- und Wohnungswesen verantwortlicher Minister bewußt, daß sich die gemeinnützigen Wohnbaugenossen-
schaften bis auf wenige Ausnahmen ein "Körperlsgeld" von vielen
Millionen Schilling verschaffen, indem sie die von den Wohnungs-
eigentümern bzw. -inhabern monatlich kassierte Beträge für
Tilgung und Zinsen der aufgenommenen Banken- und Wohnbauförde-
rungsdarlehen halbjährlich an die Darlehensgeber zur Überweisung
bringen?

Aus einem konkreten Fall ist uns unbekannt, daß es einem 3-
köpfigen Gremium von Hausvertrauensleuten in einem Wohnblock mit
110 Wohnungen gelang, in zähen Verhandlungen mit der Genossen-
schaft, für die Eigentümergeinschaft in den letzten Jahren eine
Zinsengutschrift von mehr als S 300.000,-- zu erwirtschaften, die
sonst der Genossenschaft zugute gekommen wäre.

Bei tausenden Wohnanlagen in Österreich werden offensichtlich
ähnliche Abrechnungsmethoden angewendet, sodaß sich hier gewal-
tige Einsparungsmöglichkeiten für die ohnehin von starken
Preissteigerungen geplagten Eigentümer und Mieter ergeben würden.

Daher richten die unterzeichneten Abgeordneten an Sie folgende

A n f r a g e :

Was gedenken Sie konkret in dieser Sache zu tun und sind Sie
bereit, die mitunter strafrechtlichen Konsequenzen für die
gemeinnützige Genossenschaften zu überprüfen, da sie sich
offensichtlich unerlaubte Vermögensvorteile auf Kosten anderer
durch "unverzinsten Kredite" seitens der Wohnungsbesitzer ver-
schafft haben?